

Der Deutsche Arbeitgeber

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstag. Abonnementpreis durch die Post bezogen
vierteljährlich 1,50 M. Anzeigenpreis die Briefpost. Coloniezeile für Arbeits-
suche 75 Pf. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen
Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Eritenstraße 17. Fernruf 585.
Sitz der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Auskünfte und Abonne-
mentbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Anzeigen-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 27.

Duisburg, den 7. Juli 1917.

18. Jahrgang.

„Die Löhne haben eine Höhe erreicht,
die in keinem Verhältnis mehr zu
den Lebensmittelpreisen steht.“

Deutsche Arbeitgeberzeitung

Das Organ der Unternehmer, die deutsche Arbeitgeberzeitung, gefällt sich auch jetzt unter dem Beischen des Bürgsiedens in dem schärfsten Kampfe gegen alles, was Gewerkschaften und aufwärtsstreibende Arbeiterschaft heißt. Während die Organe der deutschen Arbeiterschaft jeder Richtung ernst und sachlich mit bestehenden Nebenländern kritisieren und sich sonst im vaterländischen Interesse weitergehender Polemik bewußt enthielten, können es sich viele Blätter des Unternehmertums, die doch den Patriotismus in Erprobung genommen haben wollen, nicht vergehen, derartig gegen die Arbeiterschaft in Artikeln voll blinder Leidenschaft vorzugehen und durch alle möglichen Anwürfe die Arbeiterschaft ins Unrecht zu schaffen, daß man sich fragt, wohin das eigentlich noch führen soll. In langen Artikeln, die möglichst einen wissenschaftlichen Ansatz haben, sucht besonders die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ auf jede Art und Weise gegen die Arbeiter scharf zu machen. Dass es ihr leider bei diesem Kampfe auf Erfolge und Verdrehungen nicht ankommt, versteht sich bei ihrer Unschauung am Stande. Den Gipfelpunkt aber erreichte die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ in folgenden Sätzen ihrer Nummer 18.

„Es ist gelinde gesagt, eine Rühmlichkeit, heutigen Tages von unzureichender Erziehung, zumal in der der Munitionsindustrie, reden zu wollen. Die Löhne haben im Gegenteil eine Höhe erreicht, die in gott keinem Verhältnis zu den Bedürfnissen steht, die etwa durch die Preissteigerung der Lebensmittel erzeugt waren sind.“

Man weiß nicht, worüber man sich mehr wundern soll, über den fröhlichen Mut, solche Sätze überhaupt zu schreiben, oder über die Unkenntnis der Sachlage, die aus diesen Zeilen spricht. Unkenntnis sollte man freilich bei einem solchen Organ, wie die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, welche doch stark in Volkswirtschaft und Wochenuphilosophie macht, kaum voraussehen dürfen.

Wir werben im folgenden die Sätze des Unternehmerorgans einmal auf Herz und Nieren prüfen und statt Wörtern, wie die Arbeitgeberzeitung sie beliebt, Tatsachen vorbringen, in welchem Verhältnis die Lebensmittel- und übrigen Preise für menschliche Bedürfnisse zu den gezahlten Löhnen stehen.

Die Lebenshaltung hat im Jahre 1916 bei der Mehrzahl der Arbeiter- und Angestelltenfamilien gegenüber den Vorjahren noch eine weitere Verschlechterung erfahren. Die andauernde Steigerung der Warenpreise und die umfassendere Nationierung der wichtigeren Nahrungsmittel, die zumeist mit einer starken Vergrößerung der Warenmengen gegenüber dem Friedensverbrauch verbunden war, hat in der Lebenshaltung ganz umfassende Bedarfsschwierigkeiten und -veränderungen hervorgerufen. Soweit dieselben Kriegsknotenpunkte sind und keine all zu großen gesundheitlichen und sittlichen Schädigungen im Gefolge haben, werden sie von den breiten Massen gebürtig ertragen. Die Einschränkungen und Entbehrungen dagegen, die durch wucherische und spekulativer Preistreiberei und Zurückhaltung von Waren herbeigeführt werden, lösen mit Recht eine gewaltige Unzufriedenheit von Verbitterung und Unzufriedenheit aus, denen, ehe es zu spät ist, geeignete Abhilfemaßnahmen entgegenzusehen sind.

Die Preisbewegungen der wichtigeren Nahrungsmittel, wie sie in den meisten Großstädten während der Kriegszeit rationiert sind, veranschaulicht folgende Zusammenstellung:

Nahrungsmittel	Einheit	Preis der Einheit in Pfennige				Zum Zeit 1914 bis März 1917 betragt die Steigerung absolut in %
		Juli 1914	März 1915	März 1916	März 1917	
Schwarzbrot ..	1 Pfd.	18	23	22	22	8 37,5
Mehl ..	1 "	20	28	25	25	5 25
Kartoffeln ..	1 "	4	6	6	8	4 100
Butter (Fett) ..	1 "	104	104	150	220	116 111,5
Kindfleisch ..	1 "	95	100	194	240	145 152,6
Schweinfleisch ..	1 "	82	99	151	180	98 119,5
Eier ..	1 Stück	7	10	14	18	11 157
Milch ..	1 Liter	21	21	25	28	5 23,8
Käse (Gimburg) ..	1 Pfd.	50	80	110	110	60 120
Zucker ..	1 "	27	28	32	33	6 22
Leigwaren ..	1 "	25	40	55	60	35 140

Die Preise der verschiedenen Waren weisen durchgehends, absolut und relativ, Steigerungsstufen auf, die rückwärtige Tendenzen hervorgerufen haben und Preisrevolutionen gleichen. Die damit zusammenhängenden Nachwirkungen auf die Bewertung der Lebenshal-

wenn neben den Preisbewegungen der einzelnen Waren auch der aus ihrer Beschaffung tressende Anteil, an den gesamten Haushaltungskosten in Rechnung gelegt wird. Verschiedene Waren die verhältnismäßig keine all zu großen Steigerungsstufen erfahren haben, aber in großen Mengen verbraucht werden und insgesamt einen beträchtlichen Anteil der Haushaltungskosten beanspruchen, beladen dieselben weit stärker als Waren, die zwar sehr stark im Preise gestiegen sind, aber von den Haushaltungskosten nur einen relativ geringen Anteil beanspruchen.

Zur Berechnung der verfeuerten Lebenshaltung während des Krieges diene von den verschiedenen Methoden, die vom reichsstädtischen Amt aus den Wirtschaftsrechnungen von 150 Arbeiterfamilien mit einer durchschnittlichen Kosteszahl von 4.76 festgestellten Verbrauchsmengen der hauptsächlichsten Nahrungsmittel als Maßstab. Dabei ist zu bemerken, daß eine Brotdulage für einen Schwerarbeiter und die von Reichs wegen festgelegte Kartoffelration, die leider manchmal nicht gewährt werden konnte, als Grundlage der Berechnung dient. Die für einige Zeit gewährten Fleischzulagen blieben außer Acht, da deren Beschaffung die Lebenshaltungskosten nicht wesentlich belasten und voraussichtlich nur eine kurze Zeitspanne dauern.

Der Verbrauch an Nahrungsmittelmengen für eine aus vier Personen bestehende Familie beträgt nach den Ermittlungen des reichsstädtischen Amtes

Fleisch und Wurst	130,8	Pflogr.
Butter und Fette	63,8	Pflogr.
Käse	18,3	Pflogr.
Eier	392	Gild.
Kartoffeln	437,9	Pflogr.
Milch	504,3	Liter
Brot	542,5	Pflogr.

Der aus Wirtschaftsrechnungen zahlreicher Arbeiterfamilien festgestellte Verbrauch der hauptsächlichsten Nahrungsmittel, den sich in der Friedenszeit viele tausende Arbeiterfamilien aus Mangel an finanziellen Mitteln nicht zu verschaffen vermochten, bleibt gegenüber den von Wissenschaftlern festgestellten Bedarf zur Erzung und Erhaltung des Menschen, sowie von den antikenheits rein technisch ermittelten Durchschnittsverbrauch pro Person im Deutschen Reich weit zurück. Neben die Gründe, warum dieses so ist, wollen wir an dieser Stelle keine weiteren Ausführungen machen.

Die Aufwandskosten für die ersten Nahrungsmittel mengen betragen nach den bereits mitgeteilten amtlichen Preisräumen, die häufig gegenüber den wirklichen Preisen noch etwas zurückbleiben, im Juli 1914: 745,29 Mark, im März 1915: 929,38 Mark, im März 1916: 1211,06 Mark und im März 1917: 1458,82 Mark. Die Steigerung beträgt demnach vom Juli 1914 bis März 1917: 713,53 Mark oder 95,7 Prozent. In Wirklichkeit kommt diese Steigerung infolge Fehlen ausreichender Nahrungsmittel nicht zur vollen Wirkung; sie läuft trotzdem von äußerst bedenklichen Folgen begleitet. Nach den Preisen vom März 1917, sind für die sich aus der Nationierung ergebenden Nahrungsmittelmengen 792,31 Mark an Aufwandskosten erforderlich.

Wir wollen auch nicht die Frage untersuchen, ob man für die oben bezeichneten Preise immer Lebensmittel erhält, oder ob man nicht häufig noch weitauß höhere Bezahlsachen muß, um etwas zu bekommen. Neben den Lebensmittelpreisteigerungen geht zugleich eine ungeheure Steigerung aller anderen Bedarfssorten. Ein paar Schuhsohlen kosten 9 Mark, ein Aufschlag von glatt 180 Prozent. Schuhe kostet man nicht unter 30–35 Mark und dann ist es noch sehr häufig eine Qualität, die einen Regentag nicht überdauert, sondern an allen Ecken läuft. Von Kleidung ganz zu schweigen, die eine Mindeststeigerung von 150–200 Prozent erfahren hat.

In solchen Zahlen präsentieren sich die Preise für menschliche Bedürfnisse. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ ist nur freilich der Meinung, daß das noch gar nicht so hoch sei.

Wie stehen denngegenüber die Lohnsteigerungen? An Hand des amtlichen Materials werden wir diese Frage prüfen. Für das Jahr 1916–17 liegt bis jetzt der Geschäftsbereich der Maschinenbau- und Stahlseisenindustrie-Berufsgenossenschaft vor.

In den sechs Nationen gestaltete sich der Lohn für Personen, die den Ortslohn erwähneter oder mehr bezogen (I) und für Personen mit weniger Entgelt als dem Ortslohn erwähneter Tagearbeiter (II) für das Jahr 1916 wie folgt:

Sektion	I	II
Dortmund	1917	529
Hagen	2037	646
Altena	1900	674
Düsseldorf	2176	611
Kemnich	1914	595
Kalk	2186	528

Der jährliche Durchschnittsentgelt für die unter 1 bezeichneten Arbeiter betrug insgesamt 2029 Mark im Jahre 1916 gegen 1911 Mark im Jahre 1915. Im Jahre 1914 betrug der Durchschnittslohn 1719 Mark. Der Verdienst ist also in den Jahren 1914–16, den Jahren ungeheurer Preissteigerungen, um 310 Mark oder 18,1 Prozent gestiegen. Dieser Lohnsteigerung von 18 Prozent steht eine durchschnittliche Lebensmittelpreisteigerung von 60 Prozent und darüber entgegen. Wo bleibt da der „Mehr verdient“, von dem die „Arbeitgeberzeitung“ in fast jeder Nummer zu berichten weiß. Dabei müssen wir noch bedenken, daß die Maschinen- und Kleinfeuerindustrie eine jener Industrien ist, die neben der rheinisch-westfälischen Hütten- und Walzwerkeindustrie die besten Löhne bezahlt. Wenn nun bei diesem „grünen Holze“ schon eine so gewaltige Lücke sich breitmacht zwischen Lohnsteigerung und Lebensmittelpreisteigerung, was mag dann erst am dünnen geschehen? In manchen Industrien wie der Siegerländer werden noch Löhne bezahlt, die zwischen 45 und 70 Pfennigen pendeln für gelehrte Kräfte. Aber auch selbst in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie beziehen manche gelehrte Sparten Löhne, die den Anforderungen dieser Zeit direkt ins Gesicht schlagen. Wir verzweifeln nur auf den Bericht „Liebesgaben und Löhne“ in dieser Nummer, in der die Verhältnisse bei der Gute-Hoffnungshütte beleuchtet werden. Auf der Friedrich-Wilhelms-Hütte in Mülheim-Kärlich beziehen die Schlosser noch einen Lohn von 75 Pf., die Formier einen solchen von 1 Mark, Hilfsarbeiter 80 Pf. Man muss sich unwillkürlich fragen, wie die Arbeiter mit einem solchen Lohn durch die schwere Zeit kommen und sich und ihre Familien durchschlagen können. Das Rätsel löst sich schnell, wenn man von so manchen „86“ hört, die geschafft werden. Dass die Arbeiter vor der Zeit brach und arbeitsunfähig werden, daran denken sie nicht. Sie sehen eben die Not ihrer Familien morgens, wenn sie zur Fabrik gehen und abends, wenn sie sich müde heim schleppen. Dann wird eben geschafft. Mit der von der „Arbeitgeberzeitung“ geschafften Freiheitigkeit der Unternehmer dürfte es nach diesen Bahnen nicht allzuweit her sein.

Es ist aber auch bezeichnend, daß in jenen Werken, auf denen solche Löhne gezahlt werden, die Organisation noch keinen rechten Zugang gefunden hat oder die gelben Werkvereine ihr „arbeiterbeglückendes“ Wesen freiben. Diese Werke, in denen die Arbeiterschaft sich der Organisation angegeschlossen hat, war es möglich, durch intensive Tätigkeit die Löhne zu steigern und den Unterschied zwischen Lohn und Lebensmittelpreisen in etwa auszugleichen. Aber auch da bleibt noch viel zu tun. Die Kollegen, die den Zugang zur Organisation noch nicht gefunden haben und über schlechtes Auskommen klagen, sollten sich doch einmal ernstlich fragen: Woher kommt das? Ist der schlechte Lohn nicht lediglich auch meine eigene Schläfrigkeit zurückzuführen, auf die Ungeschäftigkeit, die ich gegen meine eigene Interessenvertretung, den Verband, bis jetzt an den Tag gelegt habe? Nur sofortiger Anschluß an die Organisation und rege Tätigkeit in ihr fördert die Interessen der Arbeiterschaft.

Der „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ aber empfehlen wir immerhin, sich die Lohnverhältnisse auf den Werken etwas besser anzusehen, als sie es bis jetzt getan hat. Dann wäre es vielleicht möglich, daß sie sich zu einem gerechteren Standpunkt bekehrt.

Die Arbeiterschaft hofft am eigenen Leibe, daß von den Sätzen der „Arbeitgeberzeitung“ auch nicht ein einziger mit der Wirklichkeit übereinstimmt, und was sie von solchen Wirklichkeiten zu halten hat. Sie geht unbedingt ihres Weges weiter, der ihr, zusammengefaßt in der Organisation, zu besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen verhilft.

Liebesgaben und Arbeitslohn

In Nummer 18 vom 24. 8. 17. brachten wir in unserem Organ einen Artikel, der das glänzende Geschäftsergebnis der Gute-Hoffnungshütte zu Oberhausen beleuchtete. Zunächst kommt die G.-H.-H. 20 Prozent Dividende auszahlt und außerdem erhielten die Aktionäre noch eine besondere Zuwendung in Form neuer Aktien. Die Aktionäre dieses Riesenbetriebes bezogen, beides zusammenommen, nicht weniger wie 53 Prozent Dividende. So glänzende Ergebnisse sind selbst in dieser Kriegszeit etwas seltenes. Dieser Dividendenfeste war möglich, weil der Stohgewinn für das Geschäftsjahr 1915–16 von 16,3 auf 43,3 Millionen und der Stohgewinn von 5,9 auf 23,4 Millionen Mark in die Höhe schossen.

Man sollte nun als selbstverständlich annehmen, daß die Sätze ihren Arbeitern mehr als ausreichen. Und das werden wir die Sätze nicht mehr bestreiten.

sehen wir uns genötigt, an Hand eines bestimmten Falles das geradezu bedauerliche Verhalten der Werksleitung ihren Arbeitern gegenüber zu kennzeichnen.

Bei der Abteilung Eisenhütte Oberhausen (Hochöfenbetrieb) bestehen sehr schlechte Lohnverhältnisse. Die Handwerker und sonstigen gelernten Fachbeamten konnte das Gegenteil nachgewiesen werden. Heute arbeiter besitzen dort noch Stundenlohnne von 60 bis 75 Pf. Die Mehrzahl der Arbeiter der Eisenhütte bezahlt trotz Einrechnung aller Teuerungs-zulagen usw. unter 8 Mark pro Schicht. Nur eine kleine Anzahl erster Leute verdient mehr, aber auch diese bleiben weit hinter den bei anderen ähnlichen Werken bestehenden Löhnen zurück. In Anbetracht dieser Sachlage hatten die Arbeiter der Direktion folgende Wünsche durch den Arbeiterausschuss unterbreiten lassen:

1. Eine Aufbesserung der Löhne von 20 Prozent einzutreten zu lassen.
2. Für Sonntagsarbeit 100 Prozent und für Überstunden 25 Prozent Zuschlag zu gewähren.

Außerdem wurden noch einige Spezialwünsche der Schmiede und Reparaturarbeiter vorgebracht.

Nach Lage der Dinge wird jeder sozial denkende Mensch die Forderung der Arbeiter als beiderdein bezeichnen müssen. Handelt es sich hier doch vorwiegend um sehr schwere, ungesunde und gefährliche Arbeiten. Die Direktion sagte dann auch in der ersten Ausschusssitzung eine wohlwollende Be-handlung und Prüfung dieser Angelegenheit zu.

Die zweite Ausschusssitzung wurde nun mit großer Spannung erwartet. Die Antwort der Firma ist gelinde gesagt, eine große Enttäuschung für die Arbeiter. Es wurde in der zweiten Sitzung ungefähr folgendes bekanntgegeben:

Die bisher alle zwei Monate gezahlte Teuerungszulage von 20 Mark kommt in Wegefall. Als Ausgleich dafür wird in einigen Abteilungen eine Lohnzulage von 3 bis 4 Pf. gewährt. Die allgemeine Zulage von 20 Prozent und die sonstigen Wünsche der Arbeiter, wie Bescherzahlung der Sonntagsarbeit usw. bleiben also unberücksichtigt. Und das nennt man bei der G.-H.-H. wohlwollend usw. Genauer besiehen handelt es sich hier um eine Verhöhnung der Arbeiter. Statt einer Aufbesserung dürfte hier nach ein Teil der Arbeiter mit einer Verschärfung der Forderung zu rechnen haben. Eigentlich ist es auch, daß die Vertreter des Rates die Teuerungszulage bis in die letzte Zeit hinein bei Lohnausweisen vor dem Schlüsselungsantritt und bei sonstigen Gelegenheiten mit verrechneten. Tatsächlich ist die Zulage aber nur für die Monate Januar und Februar d. J. ausgeschüttet worden. Die Hütte giebt sich in der Offenlichkeit und den Be-hörden schäfer alle möglichen Lügen, die Lohnverhältnisse in einem möglichst obrigkeitlichen Lichte erscheinen zu lassen. Wie es in Wirklichkeit damit bestellt ist, zeigen vorstehende Angaben. Kann man es den Arbeitern übernehmen, wenn sie unzufrieden und erheitert sind über eine derartige Behandlung? Die Löhne sind derart unzureichend, daß die Leistungsfähigkeit der Leute darunter leidet. Die aufzuhöhen Stellen müßten sich einmal die Frage vorlegen, ob letzteres im Interesse sowohl des Betriebs, wie besonders unseres Schwesterbetriebten Vaterlandes liegt. Die Arbeiter sind hier und heute ihrer reihenwärts nicht nachkommen und hat nicht zum ge ringsten Teile dazu beigetragen, die Firmen des Unternehmens zu vermehren. Soñt wird ihr nun diese Behandlung zuteil. Auch die Gute-Hoffnungs-Hütte sollte bedenken, daß man einen Bogen nicht zu straff spannen darf.

Die Kollegen der Eisenhütte werden mit Nachdruck am weiteren Ausbau des Christlichen Metallarbeiter-Ver-

bandes arbeiten müssen. Die Mehrzahl der Arbeiter ist bereits organisiert, aber es darf nicht eher geruhet werden, bis der letzte Mann herangeholzt ist. Kollegen! Kärt auch die Werkvereinsmitglieder auf und beseitigt diese Einrichtung.

Übergangswirtschaft.

(Schluß.)

Man darf aber weiter nicht vergessen, daß vielleicht gerade unsere wichtigsten Rohstoffe aus Ländern kommen, in denen nicht sehr verhältnisweise wirtschaftliche Interessen vertreten sind. So sind z. B. manche der Mittel- und Südamerikanischen Staaten, die sich noch in einem durchaus agrar-wirtschaftlichen Zustande befinden, auf den Verkauf einzelner Bodenprodukte so sehr angewiesen, daß eine Stockung dieses Verkaufs in vorerst Krise für das ganze Land bedeutet. Man braucht ja nur einmal an Brasilien und an die Bedeutung zu denken, die für dieses Land der Kaffeeexport hat, und es wird einem sofort klar werden, daß nach dem Kriege ebensoviel wie vorher die wichtigsten Rohstoffe sofort wieder dem freien Markt zuströmen und dort Aufnahme suchen werden. Vielleicht noch sogar noch mehr: Während des Krieges hat der Exportabfall der eigentlichen Rohstoffländer ge-

welchem Aussange etwa gewisse besonders wichtige Rohstoffe zunächst in andere Länder als nach Deutschland gehen werden. Zur Beantwortung dieser Frage ist es vor allem wichtig, sich einmal darüber klar zu werden, was es denn eigentlich mit dem von England angestellten und eifrig propagierten Handelskrieg gegen Deutschland nach der Beendigung des militärischen Krieges auf sich hat. England hat sich ja durch eine Reihe von Wirtschaftsbeschlüssen bemüht, diesen Krieg schon während der militärischen Vorbereitung vorzubereiten. Und es hat auch genug in die Welt hinausposaunt, daß es in dieser Beziehung mit all seinen Verbündeten vollkommen einig sei. Wer aber die ausländische Presse aufmerksam verfolgt hat, dem kommt es nicht entgehen, daß selbst in den französischen und italienischen Zeitungen — von der russischen Presse ganz zu schweigen — trotz aller äußerlich zur Schau getragenen Begeisterung es doch auch fast schon an einzelnen Stimmen nicht fehlt, die die Schwierigkeiten betonen, welche sich einem solchen Internationalen gegen Deutschland gerichteten Krieg in den Weg stellen können. Über seßt die begeisterten Zeitungsartikel wegen leicht gegen die Vernunft der Interessen. Diese Vernunft kam auf den Wirtschaftsbeschlüssen in Paris und zu Rom trotz ihrer Verabsiedlung durch die Phrasen der Politiker auch recht bezeichnend zur Geltung. Da nun russischen Russland recht deutlich seine Sonderinteressen auf wirtschaftlichem Gebiet entdeckt hat, so darf man wohl ohne weiteres voraus sagen, daß der Plan eines einheitlich organisierten Handelskrieges gegen Deutschland schon jetzt als gescheitert anzusehen werden muss. Es ist jetzt bereits mehr als fraglich, ob die Entente als politisches Gehilde diesen Krieg überdauern wird. Aber eine wirtschaftliche Gemeinsamkeit zwischen den Ententegegnern hat schon während des Krieges nicht bestanden. Sie wird sich auch nach dem Kriege nicht herstellen lassen; denn dazu sind eben die wirtschaftlichen Interessen dieser bunt zusammengewürfelten Länder schon viel zu verschieden. Die Idee des Handelskrieges ist nicht durch Anfall in England entstanden, denn nur England hat an diesem Kriege tatsächlich ein wesentliches Interesse.

Der Hintergrund des ganzen Weltkrieges ist der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Deutschland und England. In den letzten Jahrzehnten war der Handel Englands allerdings noch immer weiter erheblich gewachsen. Und wenn man nur die naiven Handelsziffern von Deutschland und von England vergleicht, so kommt man sehr wohl zu dem vielsach verbreiteten Irrtum, daß es beiden Ländern gelang, ihre Handelsumsätze zu kommen, daß beide Länder einander gute Kunden waren, erhöhen und daß deshalb eigentlich gar kein Grund zu irgendwelchen Eiserneleien vorhanden war, die eines Ansturms mit den Waffen bedurften. Aber in der Statistik kann man ja nie mit den bloßen Ziffern etwas anfangen, oder man kann auch umgekehrt sagen, daß man in der Statistik mit bloßen Ziffern alles bemühen kann. Es kommt stets auf die Berglieferung der Zahlen an. Und wenn man die Handelsbilanz des englischen Reiches im Verhältnis zu der Deutschlands vergleicht, so kommt man allerdings zu recht eigenartigen Resultaten. Die eminente technisch-industrielle Entwicklung Deutschlands hat dessen Ausfuhr in Fertigfabrikaten dauernd gesteigert. Die deutsche Industrie hat die früher weltbeherrschende englische Industrie schon seit langem in den Hintergrund gedrängt. Bereits vor Jahren war diese Gefahr in England erkannt worden und es ist ja allgemein bekannt, daß England versucht diese Gefahr durch Aufrüstung seiner eigenen Industriellen und auch seiner Konkurrenten zu bannen. Es ordnete durch Gesetze an, daß alle deutschen Waren mit dem Stempel „Made in Germany“ vertrieben werden müssten. Gerade dieser Stempel hat aber die Gefahr nicht etwa beseitigt, sondern hat im Gegenteil in der ganzen Welt, wohin durch Englands Vermittlung deutsche Waren mit diesem Stempel verkauft wurden, das Ansehen und die Macht der deutschen

Abendrot.

Peter Bauer.

Eirenen gellen auf: es ist vollbracht!
Schreie pressen leuchende Maschinentungen
noch ein paar Atemzüge in die Klosen —
Dann sind die schönen stählern Tiere tot.

Aufnattern Tote: Eingeferkerte
entstromen, tiefen Atemzugs und heißen Blüdes,
die Freiheit trimend, die den ganzen Himmel jeht
wie eines Völkerstädzuges riesenglut rot überloht.

Statt. Besonders die Friedenszoffosse haben vielsach Mangel gelitten. Teilweise stand die Tonlage nicht zur Verfügung, teilweise aber war der Ausfall durch die Unmöglichkeit, nach Europa auszuführen, doch ganz erheblich. Dazu kam, daß infolge der Uboot-Gefahr nicht aber noch durch das Studen des Hafenverkehrs in England und Frankreich der Abschlag großer Mengen erschwert war. Endlich ist noch zu beachten, daß einzelne Artikel in Folge von Mangel an Arbeitskräften oder durch Mangel an Ressourcen nicht in demselben Maße gewonnen wurden, wie das in regulären Zeiten der Fall war. So konnten z. B. selbst aus den englischen Kolonien gewisse Stoffe nicht in dem gleichen Maße wie in den Zeiten des Friedens gewonnen werden, weil die eingeborenen Arbeiter sich die Unruhe und die Unzufriedenheit des Krieges zunahmen und in ihren Arbeitsergebnissen merklich unter das Durchschnittsniveau hinabzogen. Die Folgen davon waren Mindererträge in den Einnahmen, die natürlich die Landbevölkerung jener Gegend durch eine verhälteste Bebauung und eine vermehrte Ausfuhr in den ersten Friedensjahren auszugleichen bestrebt jemal werden.

Aus dem Gesagten geht mit Deutlichkeit hervor, daß von einer allgemeinen Rückhaltung von Rohstoffen noch dem Kriege sicher keine Rede sein wird. Eine ganz andere Frage ist es natürlich, ob und in

Gegenseite

Auf der Beratungskonferenz der christlich-nationalen Arbeiterjugend Wiederaufbaus stand Kollege Georg Schäferleiter Stegerwald in einem richtiggedrehten, zielgebenden Vortrag über die innerpolitische Neuorientierung, in der die deutsche Arbeiterjugend wie kein anderer Stand interessiert ist. Redner befürchtete die Möglichkeit zur besseren Lösung der innerpolitischen Probleme, die in folgenden Sätzen gipfelt: Die Geschäftspolitik hat sich nach dem Kriege zu orientieren nach den Bedürfnissen des Staates und nicht nach den Wünschen dieser oder jener Partei oder Herrschaftsgruppe. Richtigig ist eine pure Demokratie, die durch die breiten Volksmassen geführt wird. Richtigig ist ein aus volkswirtschaftlicher Sicht gesehenes Regierungssystem. Richtigig ist auch eine andere Zusammenfassung des innerpolitischen Herrschens. Richtigig sind auch Erweiterung der staatlichen Arbeit der Arbeiterjugend und ihrer Gleichberechtigung. In diesen Themen kann ein ungetrenntes Geschäftnis zwischen Staat und Gewerkschaftsarbeit bestellt werden.

Der christlich-nationalen Arbeiterbewegung erwarteten nach dem Kriege ganz gewaltige Aufgaben, was man daraus hervorgeht, daß sie neben der sozialdemokratischen Richtung die nächste Gruppe in der heutigen Arbeiterbewegung darstellt. Wir richten uns dementsprechend: Großes Ziel besteht, dann die Partei, ein das Vaterland, dann die Gewerkschaften. Das heutige Standpunkt ausgedehnt wünschen wir, daß zwischen Staat und Gewerkschaftsarbeit ein engesfreies Geschäftnis gefunden werden möge. Das ist notwendig sowohl im staatlichen Interesse wie auch im Interesse der Arbeiterjugend. Wenn dies aber nicht gelingen sollte, mußte die eigentliche bürgerliche Erziehung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung weiter zu Fortentwicklung und Erweiterung neigen.

Die Fortentwicklungen für diese Anträge sind bereits vorausgesetzt. Eine weitere Voraussetzung des Krieges die Erfahrungen der christlich-nationalen Arbeiterjugend in einem Programm der Arbeiterjugend, das in den Jahren der christlich-nationalen Arbeiterjugend Führung gehabt hat und welche Positionen hat. Wir haben uns weiter in der christlichen Arbeit eine sozialdemokratische Selbstkritik gefügt, in der unter Berücksichtigung des Gewerkschafts und des Eigentums der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gewisszustellen verhofft.

Sind nun, nachdem wir uns wohl im letzten Kriegsabschnitt befunden, ist es an der Zeit, daß auch die Sozialdemokratie, die politische und wissenschaftliche Welt mit den welt- und innerpolitischen bedeutsamen Vorgängen in der Arbeiterschaft sich beschäftigen, und zu ihnen ein klares Verhältnis finden. Die christlich-nationalen Arbeiterbewegung ist gebunden und organisatorisch gerüstet, kommt es so oder so.

Von einem Abgleiten der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ins sozialdemokratische Lager, wie es wenige zurück verunglimpten Gewerkschaften schon zu sehen glauben, kann keine Rede sein. Auch an eine Verschmelzung der verschiedenen Gewerkschaftsgruppen darf niemand. Selbst Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaftslager kommen immer tacit zu der Meinung, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung, die wir idealen Strömungen durchsetzt ist, auf einer viel größeren Basis beruht als krispietische die amerikanische und die englische Gewerkschaftsbewegung, die vielleicht nur ein materielles Spiegelbild gröggen gehen. Die Verschmelzung in der englischen und amerikanischen Gewerkschaftsbewegung bietet der deutschen nicht den Stützpunkt der Arbeitnehmung. Für eine Verschmelzung der verschiedensten Richtungen in der Arbeiterbewegung fehlen also die ideologischen Basisfrage.

Wir haben uns keinen Darlegungen gehört, daß wir zu vielen Fragen des familialen und Sozialen grundlegend eine andere Haltung einnehmen, wie sießt der geistige Stand der Sozialdemokratie. Der größtmöglichen Sicherheit sei das Wichtigste bei den Abwehrungen gegen Sozialdemokratie und das anstrengt zusammengefaßt.

1. Wir richten uns zu den Kriegszielen wie die Sozialdemokratie. Wir bestreben die Tiere: Seine Tiere und keine Kriegszielen. In einem auf innerpolitischer Seiteverbesserung aufgestützten Frieden haben wir für Menschen. Auch ein Kriegsziel bietet für Deutschland, als Stütz der Mitte, keine ausreichende Sicherheit. Das ein einleitbares Soll der Sozialdemokratie erfordert, kann, kann wir gegen auf der Arbeiterschaftsseite nur einen Schritt, los für jetzt sozialistische Sätze gegen Deutschland ausstreben, obwohl Deutschland dennoch gewiß nicht Unrecht verlangt.

2. Wir richten uns zur Konsenside wie der rechte und der Sozialdemokratie. Wir haben eine faire Mu-

nachtheit, in der der Monarch etwas zu sagen und zu bedeuten hat; in der die Stellung des Monarchen nicht von dem jeweiligen Mehrheitswillen der Parteien abhängig ist. Die Sozialdemokratie strebt grundsätzlich die Republik und findet sich allenfalls mit einer Demokratie ab, in der dem Monarchen nur eine sehr bescheidene Stellung im Staatsleben eingeräumt wird.

3. Wir verabsiedeln das von der Sozialdemokratie erreichbare parlamentarische Regime. Wir wollen keine einzige Regierung aus den Mehrheitsparteien; wohl aber wollen wir, daß die Führer der Parteien zu den Ausgaben bei der Vorbereitung und der Durchführung der Gesetze in die Ministerien aufgenommen und herangezogen werden.

4. Wir sind ebenfalls für staatlichen Zwang im Wirtschaftsleben. Neben die Grenzen des Zwanges begegen gehen unsere Meinung und jene der Sozialdemokratie weit auseinander. Wir sind für staatliche Monopole, wo sie sich als zweckmäßig erweisen, nicht aber aus Gründen. Wir vertreten den Standpunkt, daß der Staat nie aus der Volkswirtschaft das machen kann, was eine auf Privatinteresse beruhende Volkswirtschaft zu leisten vermag. Nur müssen die sich widerstreitenden Interessen zwischen Privatwirtschaft und öffentlicher Volkswirtschaft durch den Staat ständig im Gleichgewicht gehalten werden.

5. Wir sehen im Gegensatz zur Sozialdemokratie nicht in dem einzelnen Individuum, sondern in der Familie die Urzelle des Staates. Wir wollen daher das Familienleben gepflegt, gefestigt und verehrt, und daher die Frau nicht in die politischen Kämpfe hineingezogen wissen. Aus dieser Gesamtansicht heraus können wir mit dem aktiven und passiven Wahlrecht der Frauen zu den politischen Fürsprechern nicht bestreben; zu den Schulbeamten, zur Armenpflege, Wohnungspflege usw. dagegen möchten auch wie die Frauen angemessen herangezogen wissen.

6. Wir beurteilen die idyllen und sittlichen Güter im Wirtschaftsleben anders als die Sozialdemokratie. Diese gewölbten Aussagen werden sich in absehbarer Zeit nicht überreden lassen. Damit kann man sich offiziell abfinden. Der Mensch lebt nicht vom Brod allein. Der Mensch kann sich weiter nicht teilen im Hinblick auf seine körperlichen und sozialen Bedürfnisse auf der einen und der anderen und mittigen Anforderungen auf der anderen Seite.

(Schluß folgt)

Industrie gestärkt. So war das Wachsen der Differenzen der englischen Handelsbilanz zum Teil darauf zurückzuführen, daß England in immer stärkerem Maße einfach der Agent für deutsche Waren in der Ausfuhr und der Agent für den Einfuhr fremder Rohstoffe seitens Deutschlands in der Einfuhr geworden war. Aus diesen Gründen, nicht bloß aus politischem Machtbewußtsein heraus entstand in den ersten Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts die Idee des englischen Imperiums von neuem und stärker als je zuvor. Joe Chamberlain, einer der größten Staatsmänner, die vor Alfred George das Britische Reich besaß, hatte klar erkannt, daß England, um der deutschen Gesellschaft wirklich Herr zu werden, vom Freihandel zum Schutzzoll übergehen müsse. Seine Idee war es, die gesamten englischen Kolonien mit dem Mutterland zusammen in einem riesenhaften Zollverbande zusammenzulassen. Die Idee Chamberlains war zweifellos richtig. Und ich wage die Behauptung, daß, wenn die Chamberlain'sche Idee in jenen Jahren gesiegt hätte, wir wahrscheinlich den tiefen Weltkrieg heute nicht hätten, ja daß er uns vielleicht überhaupt erspart geblieben wäre. Es kommt stets der Tag, wo ein Land Gefahr läuft, seine wirtschaftliche Position an ein anderes zu verlieren. Es kann sie dann verteidigen — und ein Land kann seine wirtschaftliche Stellung auf zweierlei Weise verteidigen: Entweder durch Zölle oder durch Krieg. Wenn es vermeidet, zur rechten Zeit Zölle einzuführen, so wird es später in Kriegen verwirkt werden. Es ist sicher kein Zufall, daß der Weltkrieg von England gefördert und erklärt werden mußte unter einem liberalen Kabinett, d. h. unter der Herrschaft des Ausschusses derjenigen Partei, die in England stets für den Freihandel und gegen den Schutzzoll agitiert und die auch letzten Endes Joe Chamberlains stolze imperialistische Pläne zu Fall gebracht hatte.

Beachtet man unter diesem Gesichtspunkt das handelspolitische Verhältnis zwischen England und Deutschland, so wird man begreifen können, warum England diesen Krieg führen mußte. Deutschland, das aufstrebende, zukunftsreiche Industrieland, brauchte wahrscheinlich diesen Krieg nicht. Denn es durfte ja zuversichtlich hoffen, nach dem ehernen Lebensgesetz, demzufolge die Jungen länger leben als die Alten, die Konkurrenz zu überwinden. Es befand sich in der Lage eines glücklichen Erben, der sich mit dem zukünftigen Erblasser wortend vertragen kann. Aber England wollte sich von Deutschland nicht befreien lassen, und es konnte sich deshalb auch nicht mit Deutschland vertragen.

Wenn man einmal den Krieg und seine Vorgeschichte von diesem Gesichtspunkt aus ansieht, so ergeben sich doch auch recht wichtige Lehren für die Zukunft des englischen Handelskrieges. So unausführbar die Idee scheint, die England gern verwirklichen möchte, die ganze Kulturreihe, mindestens soweit sie bisher im Gefolge Englands im Kriege marschiert, in der wirtschaftlichen Arbeit zu verschmelzen, so selbstverständlich ist es, daß England die früher zu Fall gebrachten Chamberlain'schen Pläne jetzt zu verwirklichen trachten muß. Nach diesem Kriege wird mindestens der Versuch gemacht werden, das englische Imperium aufzurichten. England wird zweifellos nach diesem Kriege ähnliche wirtschaftliche Maßnahmen treffen, wie sie seinerzeit Cromwell traf, ja die neuen imperialistischen Maßnahmen Englands werden in gewissen Einzelheiten sogar aufs Haar denen Cromwells gleichen: Sicher wird England nach diesem Kriege etwas ähnliches wie die Cromwell'sche Navigationsakte schaffen müssen, indem es seinen Schiffen und vielleicht auch seinen einigen Freunden eine gewisse Vorzugstellung in englischen Häfen eintönen, wenn nicht sogar den Versuch machen wird, den deutschen Handelsflotte die Einfuhr englischer Güter und das Lösen in ihnen vielleicht nicht zu verbieten, aber doch zu erschweren.

Diese Erkenntnis ist natürlich für die Beurteilung der Rohstofffrage nach diesem Kriege nicht ohne Bedeutung. Man muß sich bei uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß die wichtigsten Rohstoffe der englischen Kolonien der britischen Insel verschollen bleiben werden. Schon während des Krieges hat ja England im Auslande sehr wichtige Rohstoffe in großen Mengen aufzukaufen, bar bezahlen und anstapeln lassen. Es handelt sich hier um Reiserüttungen für die erste Zeit kürzlichen Friedensbedarfes. Inzwischen England in der Lage sein wird, mit der ihm und seinen Freunden zur Verfügung stehenden Tonnage nach dem Kriege die Rohstoffe sofort auch in größeren Mengen zu importieren, bleibt dahingestellt. Aber daß diese Rohstoffe für uns gehetzt sein werden, scheint ziemlich sicher.

Wir müssen deshalb mit einer ziemlichen Gewissheit aus all den aufgeschlagenen Gründen mit einer Knappheit von Rohstoffen rechnen. Und diese Knappheit wird natürlich gesteigert werden, durch die weiter oben bereits behandelte Beengtheit der Tonnage. Diese trifft auch uns selbst in gewissem Maße. Und aus diesem, sowie den anderen bereits behandelten Gründen wird es notwendig sein, in der Übergangswirtschaft die Heranbildung und Verteilung der Ressourcen eine ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Allgemeine Rundschau

Dichtung und Wahrheit.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ bemüht sich in ihrer Nr. 25 aus allen Kräften, in dem Artikel „Demokratisierung im Arbeitsverhältnis“ dem ersten der obengenannten goethischen Worte nach Möglichkeit gerecht zu werden. Das ist nun zwar bei diesem Unternehmerorgan nicht Neues (siehe Letzte Seite); aber diesmal steht sie Geschichten auf, die schon bedenklich an Kinder- und Hausmärchen erinnern. Das Blatt sieht die Zeit kommen, in der eine allgemeine Demokratisierung in der Industrie und im Arbeitsverhältnis eintrete, daß alle Herrscher und keiner Arbeiter sein will und es fragt:

„Woher geht heute die Weise? Die „Konstitutionelle“ habe, die Arbeitsgemeinschaft, die Parität, das Mitbestimmungsrecht: das sind die Schlagworte, mit denen unter geschichtlicher Ausnutzung der Reithähnlichkeit der sozialdemokratische Richtung ihre Anhänger

in diesem Stil und Tempo geht nun drei Spalten lang fort und man rennt mit eingeklepter Panze gegen ein Rustgebilde, das man sich selbst konstruiert hat.

Wie steht es aber in Wahrheit? Wo ist das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter? Das steht lediglich auf dem Papier der „Arbeitgeberzeitung“. Nicht einmal ein Arbeiterausschuß, der die Wünsche der Arbeiterschaft vorbringen kann, ist auf vielen Werken vorhanden, trotzdem das Hessische Gesetz Arbeiterausschüsse seit einem halben Jahr vorschreibt. Was kümmert das manches Werk? Mitbestimmungsrecht? Wie oft haben wir es erlebt, daß wenn Arbeiter ihre berechtigten Forderungen vertraten, einfach die Auspeilung über sie verhängt wurde. Seht im Kriege, wo die Arbeiterschaft rege geworden ist und einen kleinen Teil des ihr zustehenden Rechtes fordert, da schreit der „Arbeitgeberzeitung“ Heiter und Mordio und malt sofort den Teufel an die Wand.

Trotzdem will das Unternehmervorstand noch gnädig sein und „einen gewissen Fabrikparlamentarismus nicht von der Hand weisen“. Aber in diesem Parlament dürfen die Kampfgewerkschaften nicht Sitze und Stimme haben, sonst bricht das Ende aller Dinge herein. Wir können es der geängstigten Seele wohl nachfühlen, daß sie es lieber mit Gelben, als mit aufrichtigen, zielbewußten Arbeitern zu tun hat, die zur Organisation geeinigt, ihre Ihnen zustehenden Rechte energisch verteidigen.

Um jedoch der Unternehmerzeitung nicht zuviel schlechtes Blatt zu bereiten, erklären wir, daß wir ebenso wie sie eine strenge Disziplin und Leistung in jedem Werk für notwendig halten, wenn das Werk rentabel arbeiten soll und daß jeder Arbeiter weiß, daß Direktor, Betriebsleiter, Meister usw. seine Vorgesetzten sind, deren Weisungen er, soweit sie seine Arbeit betreffen, folge zu leisten hat. Aber alles das schließt nicht aus, daß denn Arbeiter trotzdem die Rechte aufzuhören, die ihm als notwendiger Faktor in der Industrie zu kommen. Und wenn er diese Rechte mit seinen berechtigten Mitteln zu erreichen strebt, so tut er nichts anderes, als was die übrigen Stände und besonders das Unternehmerium, ihm tagtäglich nach jeder Seite hin vor Augen führen. Allerdings mit dem einen Unterschied, daß der deutsche Arbeiter bis jetzt in der Erreichung seiner Ziele bei weitem ruhiger und durchaus nicht so rigoros verfährt, wie es die übrigen Stände zu tun belieben. Der „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ aber möchten wir empfehlen, das zweite Hauptwort der Zeitschrift darf nicht ganz so absäßig zu behandeln, denn mit dem ersten Wort allein ist es ja schließlich auch nicht getan.

Briey und Longwy

Bekanntlich ist das ostfranzösische Minettegebiet Briey und Longwy heute vollständig in deutschen Händen, eine Tatsache, die von großer Bedeutung und mit leicht Gegegenstand wichtiger wirtschaftlicher Auseinandersetzungen ist, da ein dauernder Besitz dieser beiden Erzgebiete für die deutsche Volkswirtschaft einen ungeheuren Gewinn darstellen würde. Deutschland gilt als sehr starker Erzverbraucher infolge seiner gewaltigen Eisenindustrie. Die Eigensförderung betrug zuletzt vor dem Kriege etwa 23,5 Millionen Tonnen, die sich mit Einschluß von Luxemburg auf rund 30 Millionen Tonnen erhöhen. Dennoch genügt diese Förderung nicht für den Bedarf der deutschen Hüttenwerke, und Deutschland war schon vor dem Kriege genötigt, 10 bis 11 Millionen Tonnen Erze hauptsächlich aus Schlesien, Spanien und Frankreich einzuführen. Müßte übrigens Deutschland seinen von Jahr zu Jahr steigenden Bedarf aus seiner Eigensförderung beden, so würden sich in absehbarer Zeit doch seine Ressourcen allmählich reduzieren. Nun kommt aber als wichtiges Moment hinzu, daß die bisherigen Einfuhrquellen zu versagen beginnen. Schweden trachte schon längst danach, der Einfuhr durch geeignete Mittel (Eisenbahnpolitik, geplantes Ausfuhrverbot) einen Halt vorzuschieben, weil es sich eine eigene Großindustrie gründen will. Aus diesem Grunde wird es für Deutschland nicht mehr leicht sein, neue günstige Verträge abzuschließen. Das spanische Bilbao-Gebiet kommt insbesondere für die Zukunft nicht mehr in Frage, als seine Erzvorräte größtenteils erschöpft sind. So wird denn der zukunftsreicheste Erzlieferer Deutschlands eben das besagte Gebiet von Briey und Longwy sein, das in den Jahren seiner Geschichte einen geradezu erstaunlichen Aufschwung genommen hat. Briey erzeugt mit seinen Anhängseln Longwy und Ronch allein über 19,75 Millionen Tonnen von einer Gesamtförderung Frankreichs von 21,75 Millionen Tonnen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß dieses Erzgebiet bei seinem geringen Alter erst zu einem Bruchteil erschlossen ist. Man kann sich also eine Idee von seiner Leistungsfähigkeit bei vollständiger Erzbettbeschaffung machen. Nach einer Prophétie des französischen Bergäumeurs Bailly wird der Bezirk seine höchste Gewinnziffer mit 35 Millionen Tonnen 1973 erreichen und eine Lebensdauer bis zum Jahre 2023 haben. Aus alledem geht zur Evidenz hervor, daß Deutschland allen Grund hat, dieses ertragreiche Gebiet mit fester Hand zu behalten, wenn es nicht seinen eigenen Lebensinteressen entgegenarbeiten will.

Als Metallarbeiter haben wir ebenfalls ein großes Interesse daran, daß diese Gebiete, die unsere Industrie merklich entlasten würden, bei Deutschland bleibent. Sie stärken und gefestigen die Industrie dadurch, um so eher kann die Arbeiterschaft das erreichen, was zu ihrem Aufstieg notwendig ist.

Gustav von Schmoller †

Am 28. Juli starb in Bad Homburg im 80. Lebensjahr der wissenschaftliche Führer der deutschen Sozialreform Gustav von Schmoller. Er gehörte zu den Kämpfern, die in Deutschland hart gegen das Prinzip des wirtschaftlichen Liberalismus, wie er sich im Manchesterismus verkörpert, worging und deshalb von dem eingefleischten Manchestermann S. B. Oppenheim den Namen „Kathedersozialist“ erhielt, das später für ihn ein Ehrenname wurde. Die „Soziale Praxis“ schreibt über sein Leben in einem Nachrufe: Der junge Schmoller, schon früh in jener Wissenschaft zu Ansehen und Ehre gekommen, ist von Anbeginn an das geistige Haupt und die lebendige Kraft der deutschen Sozialpolitik gewesen. Bald nach dem Kriege 1870/71 berief er mit einigen gleichgesinnten Freunden eine Versammlung nach Eisenach, in der der Verein für Sozialpolitik begründet wurde. Sein Programm war, durch

soße Forschung und Lehre, in Wort und Schrift, die Arbeiterfrage in sozialem Geiste der Zukunft zuzuführen; dem Aufstieg der Arbeitermassen zu höheren Stufen des wirtschaftlichen Lebens, der Gesittung und Kultur, der staatsbürglerlichen Gleichberechtigung und Anerkennung galt die Arbeit dieser Gelehrten. In unermüdlicher Treue und Kraft hat Schmoller dies Vanner vorgetragen, nicht nur als langjähriger Vorsitzender des Vereins für Sozialpolitik, als gefeierter akademischer Lehrer, als Mitglied des Herrenhauses, in seinen zahlreichen Schriften, sondern auch als Helfer und Förderer der um die „Soziale Praxis“, die Gesellschaft für Soziale Reform, das Büro für Sozialpolitik sich scharen Kreise. Alle Ehren der Welt sind diesem Fürsten der Wissenschaft zuteil geworden — höher als alles aber schätzte er die Fortschritte der deutschen Sozialpolitik. Er war froh, wenn man ihm von Maßnahmen einer gesunden Reformpolitik, die er für eine unabdingbare Staatsaufgabenbildigkeit hielt, erzählte; er freute sich über die Entwicklung der Selbsthilfe in Gewerkschaften und Gewerkschaften; tief begnügte ihn die treu-daterländische Haltung der Arbeitermassen im Weltkriege. So ernst er in die Zukunft blickte, so unerschütterlich hielt er an der Überzeugung fest, daß ein neues, starkes, gesegnetes Deutschland nach dem siegreichen Frieden entstehen werde.

Die christliche Arbeiterschaft wird dem großen Manne, dessen Ideen auch für sie fruchtbringend gewesen sind, stets ein ehrendvolles Andenken bewahren.

Die Zukunft der Weltwirtschaft

Einen sehr beachtenswerten Vortrag hielt vor einiger Zeit Professor Dr. Franz Eulenburg in Nüchtern über die Zukunft der Weltwirtschaft, dem wir folgende Auslassungen entnehmen. Alle Kulturländer, natürlich auch Deutschland, leben auf fremdem Boden, d. h. Nahrungsmittel und Rohstoffe werden größtenteils aus überseeischen Ländern eingeführt. Nach dem Kriege dürfte darin eine Wenderung eintreten und sich verschiedene Verschiebungen bemerkbar machen. Da der Baumwollanbau in den amerikanischen Südstaaten zurückgegangen ist, wird man sich nach Erzländern umsehen müssen, wofür das Euphrat- und Tigrisgebiet in Betracht kommt. Australiens Monopol in der Wallerzeugung wird voraussichtlich gebrochen werden, dann tritt Argentinien an seine Stelle. Kohle wird künftig aus China, Petroleum aus Mexiko, Chile, Peru, Mesopotamien und Ostasien bezogen werden. Immer aber wird dabei der Menschenmangel eine gewisse Bedeutung haben. Die Kapitalabgebenden Länder haben natürlich auch ihre Stellung geändert. England mit seinen 2 Milliarden jährlicher aktiver Zahlungsbilanz wird diesen günstigen Status künftig nicht mehr einhalten können, dafür werden allerdings die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Neutralen, wenn auch nicht in dem erwarteten Maße, die Goldgeber werden. Der Krieg nach dem Kriege wird auch nicht ausbleiben, und unser Rohstoffbezug dürfte natürlich unter allerlei Erschwernissen leiden, aber andererseits wird man Deutschland als Produzenten und als Absatzgebiet auch nicht entbehren können, ebensoviel, wie wir selbst auf die Einfahrt nach, wie vor angewiesen sein werden. Amerika wird unserer Ausfuhr nicht allzu viel Schaden zufügen, zumal wir über einige notwendige „erdgeborene“ Industrien verfügen. Mittel- und Südamerika, sowie der Osten sind für uns die gegebenen Absatzländer. Prof. Eulenburg schloß seinen Vortrag mit den Worten, daß deutsche Energie, Technik und Anpassungsfähigkeit sich wieder den Weltmarkt erobern werden. Wir fügen dem hinzu, daß die deutsche Arbeiterkraft, als die ebenfalls notwendige unter den Faktoren, auch ihre ganze Kraft für ein mächtiges deutsches Wirtschaftsleben und damit für die Besserung der eigenen Lage in die Waagschale wirkt.

Vergütung der Arbeitervertreter in den Ausschüssen für Lebensmittelverteilung.

Von den Arbeitervertretern ist in letzter Zeit vielfach darüber Klage geführt worden, daß auf industriellen Werken, Kohlenzeichen usw. angestellte Arbeiter, die in den Ausschüssen für Lebensmittelverteilung mitwirken, keine Schichtvergütung erhalten. Diese berechtigten Klagen sind zu Ohren des Präsidenten des Kriegserziehungskomites gekommen, der nunmehr die erforderlichen Schritte eingeleitet hat, damit den in diesen Ausschüssen tätigen Arbeitern die Schichtvergütung gezahlt und dadurch der ungerechtfertigte Lohnverlust vermieden werde.

Der Gläubiger der Welt

Ist nunmehr Amerika geworden. Es hat unzweifelhaft den Weltbankier bis zum Kriegsbeginn England darin abgelöst. Die einzig dastehende Weltbildung Amerikas ist ja oft genug erörtert worden; man weiß aus, mit welcher Bereitwilligkeit die Union der Einzente bestrengt. Die gewaltigsten Kreise werden in Widerspruch genommen, um den Kurs des Frakts und des Sterling zu halten. Dadurch erlangten die Berechtigten Staaten ein wirtschaftliches Nebengewicht von unerhörten Dimensionen. So wurden sie jährlings zum Gläubiger der ganzen Welt, wie dies folgende Tabelle veranschaulicht:

Großbritannien	£ 131 400 000 Dollar
Frankreich	738 700 000
Italien	148 500 000
Italien	25 000 000
Deutschland	20 000 000
Rumänien	334 999 878
Neufundland	5 000 000
Südamerika	160 267 375
Afrika	9 000 000
Neutr. Staaten v. Europa	35 000 000
Gesammt	2 601 867 255

Bon diesen Riesensummen sind beobachtet worden fast 230 Mill. Dollar, so daß mit einem Gesamtbetrag von 2 Milliarden Dollar verbleibt (200). In diesem Betrage müssen noch die neuesten Angaben berücksichtigt werden. Von diesen 2 Milliarden Dollar, die Amerika erhielt, so daß seine amerikanische Offiziere zahlreicher waren, 200 Mill. Dollar in einem guten Jahr auf dem Markt erzielten werden. Diese Summe ist sehr erstaunlich.

Weltkrieges hat. Darum trat es ja in den Kreis unserer Feinde ein, um die Rückzahlungen der Kredite "sicherzustellen".

Deutsche Tüchtigkeit und Kraft wird auch ihm bewiesen, daß ein um seine Existenz ringendes Volk wie das deutsche nicht niederzuringen ist.

Zurückgehende Einfuhr England

England, das in weitestem Maße auf die Einfuhr angewiesen ist, fühlt jetzt deutlich die Folgen des unbeschrankten U-Boot-Krieges, der es an seinem Lebensnerv trifft. Nach den letzten Meldungen englischer Handelsblätter gestaltete sich die Einfuhr von April 1916 zu April 1917 folgendermaßen:

Es betrug die Einfuhr in das Vereinigte Königreich

Waren April 1916 April 1917

	April 1916	April 1917
Chilisalpeter (Tonnen)	7 864	490
Kalialsalpeter (engl. Br.)	51 406	21 019
Talg (unraffiniert) (engl. Br.)	117 404	30 616
Petroleum (1000 Gallonen)	35 118	24 468
Balsmöl (nicht Palmernöl) (engl. Br.)	86 021	65 169
Baumwollkamol (Tonnen)	41 465	39 894
Phosphatdungsmittel (Tonnen)	28 685	19 346
Leim, Gelatine etc. (engl. Br.)	13 569	4 732
Stärke, Dextrin, Kartoffelmehl etc. (engl. Br.)	173 569	109 544
Kupfererz (Tonnen)	2 504	777
Manganerz (Tonnen)	45 500	24 904
Benzin (1000 Gallonen)	15 723	10 258

Man ist leicht geneigt, das Hauptaugenmerk auf die Nahrungsmittelszuflucht nach England zu richten; man darf jedoch nicht übersehen, von wie großer Wichtigkeit gerade die oben angeführten Stoffe sowohl für die Kriegsführung wie für die private Wirtschaft, (Landwirtschaft) Englands sind. Und weiterhin darf nicht übersehen werden, die außerordentliche Wertsteigerung, die dem Rückgang der eingeführten Mengen gegenübersteht: England weist für die stetig sinkenden Einfuhrmengen eine immer steigende Tributpflichtigkeit gegenüber dem Auslande, besonders Nordamerika, auf. Es gibt zu denken, daß die Passivität der englischen Handelsbilanz im Monat April d. J. die Rekordziffer von annähernd 1 Milliarde Mark beträgt!

Gegen den Feind, der uns niederrücken will, gibt es auch bei uns Arbeiter, trotz der schwierigen Lage nur eine Parole: Siegen! Und dazu tragen wir alle bei, die im Felde und daheim an den Werkten, sei es Frau oder Mann, für Deutschland ihre Pflicht tun.

Rechtschutz und Reichsversicherungsamt.

Das von den christlich-nationalen Arbeiterorganisationen für die Vertretung von Besitzerten vor dem Reichsversicherungsamt und vor dem Oberlandesgericht in Angeklagtsangelegenheiten in Berlin unterhaltene Zentralrechtsbüro hat im Jahre 1916 nach seinem im "Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften" Nr. 11, 1917 veröffentlichten Bericht 337 Vertretungen wahrgenommen; 29 davon betrafen Streitigkeiten aus der Kranken- und Invalidenversicherung, 19 Arbeitslosenversicherungsangelegenheiten und in 289 Streiffällen handelte es sich um Unfallversicherungsstichen. Von Erfolg waren bei der ersten Art 11, von der zweiten 8 und von den letzten 126 Vertretungen, zusammen 148 unter Einrechnung von 3 im Oberversicherungsamt Groß-Berlin bei 12 Vertretungen erzielten Erfolgen. Von allen Vertretungen waren 42 Prozent, von denjenigen bei Unfallversicherungsstichen allein 43,6 Prozent erfolgreich; während die letztere Zahl im Durchschnitt der Jahre 1914 und 1915 38,97 Prozent betragt, und von allen vom Reichsversicherungsamt verhandelten Unfallversicherungsstichen 21,6 Prozent in 1914 und 15,7 Prozent in 1915 mit Erfolg endeten. Bei der Hälfte der in 1916 erstrittenen Erfolge konnte die Höhe der Rentenzahlungen mit 45 295,79 Mark festgestellt werden.

Der Bericht erörtert dann bemerkenswerte Fragen der Rechtsverfolgung, die besonders in der Arbeiterversicherung in einem Maße ein Faktor ist, der selbst neuen Gesetz braucht, weil das Reich die verwüstlichsten Tat- und Schädigungen meist nur mit wenigen Tagen umschreibt, so daß der Antragung durch die Richter der weiteste Zeitraum bleibt: in manchen Fällen geht das so weit, daß die Richter fragen, ob der Willen des Gesetzgebers außer Acht läßt, daß er zwar nicht im Reich selbst, aber genug ausdrückt, heißt aber um so deutlicher bei den geistigen Verbrechen befunden. Endlich schneidet der Bericht die Größe des Realwertes der Renten an, die infolge der Erhöhung erheblich an Bedeutung gewonnen hat. In Betrieben wird gezeigt, wie ungerecht das aktuelle Rentenberechnungssystem ist, so daß die tatsächliche Spanne des Gehalts ganzlich außeracht liegt, viele Rentner erhalten insgesamt nur einen Bruchteil ihrer entzöglichten, was ihnen heute durchaus zubilligt; aber Umschichten im wirtschaftlichen Leben entstehen. Zug der außerordentlichen Schwierigkeiten ist wiederum zu erwähnen, wenn die Rentenfänger, und am meisten die hauptsächlich Rentenfänger, leider heute tot, weil ihre Söhne gegenwärtig bei Zeit vor dem Kriege nur noch beschränkt den halben Gehalt erhalten; lange eine Rücksicht ist: So bei einem jetzt 25jährigen Mann, dem jetzt 1892, kann heißt die Rente heute noch viel weniger als die Hälfte des gegenwärtigen wirtschaftlichen Standes. Die tatsächliche Rente ist daher wesentlich zu erhöhen werden. Die Leiter des Komitees der deutschen Arbeiter, der Deutschen Partei, sagten der Gesetzgeber, haben eine solche Forderung wohl verfaßt.

Die Arbeit des Zentralrechtsbüros hat wieder viel Arbeit gehabt. Das Büro fand während des Krieges, der viele Soldaten und Arbeitnehmer in den Kriegsfronten liegen, zur Wehrmachts- und Kriegsbehörden der ehemaligen Streitkräfte bei Streitfällen vor den anderen Gewerkschaften und zur Vorbereitung der Wehrmacht für die überalligen Spurenkämpfer in Berlin und zu Hause, insbesondere Westfalen, Berlin, Düsseldorf, Bremen, Hamburg, Berlin, Düsseldorf, Bremen, Hamburg,

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 8. Juli der 28. Wochenbeitrag für die Zeit vom 8.—14. Juli fällig.

Krankenunterstützung.

Die Mitglieder werden erneut darauf hingewiesen, daß sie in allen Unterstützungsfällen sich sofort bei im Vorstand der Verwaltungsstelle zu melden und ihr Mitgliedsbuch abzugeben haben. Die Meldung hat durch das Mitglied selbst, nicht durch den Vertrauensmann zu erfolgen. Die Karrenzeit wird nicht für die zurückliegende Zeit, sondern nur vom Tag der Meldung an gerechnet. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder sich sofort zu melden, wenn sie rechtzeitig in den Besitz der Unterstützung kommen wollen.

Aus dem Verbandsgebiet

Speyer. Nichts gelernt und alles vergessen hat während des Krieges die Firma „Pfälzischezeugwerke“ in Speyer mit ihrem Hauptbeteiligten und Direktor Herrn Alfred Everdus.

Noch zu Beginn des Krieges hieß es allgemein, daß die Firma nahe am Bankrott stehe. Einige tüchtige Metallarbeiter, die durch Kriegsausbruch in ihren langjährigen Stellungen arbeitslos wurden, halfen der Firma durch Eintritt in den Betrieb mit ihren Kenntnissen, ihrer Leistungsfähigkeit und auch mit selbst gesammelten Werkzeugen aus. So kam dieses Unternehmen wieder langsam auf die Füße, und hat mit der Dauer des Krieges einen Umsatz angenommen, der in gar keinem Verhältnis zu dem früheren Betrieb steht. Doch davon wollen wir hier nicht reden. Vielmehr davon, wie die Firma den auf Kosten der Allgemeinheit und mit Hilfe pflichtreifer Arbeiter großgedrehten Betrieb leistet und die Freude der Arbeiterschaft lohnt. Schon lange seit den letzten beiden Kriegsjahren gilt dieser Betrieb in der Pfalz und angrenzenden Gebieten als ein Kundenjubiläum ersten Ranges. Herr E. legt offenbar Wert darauf, daß dieser Charakter des Betriebes dauernd erhalten bleibt. Sonst könnte es nicht vorkommen, daß er in Lohnfragen unnehbar und wie einer der ersten Schornsteine rücksichtslos jeglich geäußerte. Die hier offiziellen Zuschlüsse für Nebenkunden will er nicht zahlen. Arbeitern, die man drängen sollte, Nebenkunden ohne Nebenkundenzuschläge zu machen, soll er nicht worden sein, sondern sie zu den Klammerfesten gehört: „Gut, wirkt durch einen andern erlegt.“ Nach Mitteilung der Arbeiterschaft röhrt man sich dort wiederholt: „Was meinen Sie wohl, wenn ich dem Herrn Verwaltungsdirektor in P. mal einen Brief schreibe, meinen Sie nicht, daß das nicht ist?“

Diese und ähnliche Beschwerden und Entschuldnahmen gegenüber dem Betriebe nicht willens ergebenen Arbeitern sind an der Tagesordnung.

Die eben genannte Arbeiterschaft, welche den Betrieb damals über die erste schwere Zeit des Krieges hinwegholte, erneute den Deal des „Rechtes“, der seine Schuldigkeit getan.

Nicht genug damit, daß er diesen Leuten durch allerhand Manipulationen bei jeder Gelegenheit, die ihnen auftreffenden Rechte fürst, ganz nach dem Geschmack des Schriftmeisters, schneidet. Herr E. den größten Teil des Arbeiterschutzes auf die Straße in einer Zeit, wo jede Minnie verlorne Schätzchen und Kraft für unser Vaterland zum größten Verhängnis werden kann. Den bedrohlichen Verhältnisse überzeugt steht er den denkwürdigen Widerstand entgegen. Ja, Herr E. behandelt die Leibharden mit einer Wurstigkeit, die uns einfach unglaublich erscheint.

Das vor dem Vorsitzenden des Sozialforschungsausschusses gegebene Verbrechen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft zu bessern, behandelte die Firma als nicht gewünscht. Der Führer gegenüber äußert sich Herr E. über Zivil- und Militärsoldaten in der denkwürdigsten Weise. Auch glaubwürdigen Mitteilungen scheut er sich hierzu sogar nicht vor höheren und höheren Stellen. Dennoch erreicht eine dießbezügliche eingeleitete Unterhaltung, daß dem Herrn hier gemeint wird, daß es in Zukunft noch genügend Platz gibt, aufzutreten, gewalttätiges Versteigen, welche Gesetze, Recht und Ordnung mit Füßen treten, zur Ordnung zu bringen. Den Arbeitern aber ruht wie dringend, sich redlich dem Christlichen Arbeiterarbeiter-Bericht anzuschließen, dann wird die Zeit kommen, die Arbeiterschaft zu erkämpfen und sich vor Gewaltangräßen zu hüten.

Sothe. Am 16. Juni stand hier auf dem Hüttentag „die Arbeiterschaft“ vor. Bei 4300 Wahlberechtigten über 3185 ist Wahlrecht aus. Auf die 616 der berechtigten Gewerkschaften entfielen 3239 Stimmen. Die 616 des gelben Verbundes deren 511er so große Mehrheit auf die Wahl gekreist, erhielten 176 Stimmen. Belegfähig kamen 17 Stimmen. Auf den Erfolg kann die organisierten Arbeiter der Pfalz wohl stolz sein. Es zeigt sich hier ja recht, was durch Einigkeit zu erreichen ist. Die Gelben und auch ihre Protektoren werden ob des Ausgangs der Wahl sehr verdrießliche Gesichter gemacht haben. Da der letzte Mitgliederberichtswahl des gelben Verbundes fast zwei Jahre auf Grund der großen Mitgliederzahl eines Vereins mit großer Einigkeitsspanne. Keiner sprach sich mehr bedrohlich darüber, daß die Komiteesvertreter nicht die korrigierten Gewerkschaften abgelehnt hätten. Die das gewünschte Friedensabkommen befand darin, daß jenes der Wahlleitung bestimmt wurde, eine einheitliche Orts mit den Gewerkschaften zusammen zu bringen. Es sollten den Gelben

fünzig, vierzig und endlich dreißig Prozent der Arbeiterausschüssemitglieder seitens der Gewerkschaften überlassen werden. Dieses wurde von einer Vertrauensmannersitzung der Gewerkschaften abgelehnt, weil ein Zusammengang mit den Gelben ausgeschlossen ist. Wie sehr man die Stärke der Gelben seitens der Wahlleitung überschätzt hat, ist aus obigem Wahlresultat zu ersehen. Unfalt der angenommenen Hälfte der Arbeiterausschüssemitglieder erhalten die Gelben kein Ausschüssemitglied, sondern nur einen Gesamtmann. Den Arbeitern und Arbeitsträgern der „Pfalz“ ist klar geworden, welche Organisationen ihre Interessen vertreten und deshalb muß auch nach wie vor für Stärkung der Organisation georgt werden. Die christlich organisierten Mitglieder müssen weiter für die Ausdehnung des christlichen Metallarbeiterverbandes eintreten, denn Einigkeit macht stark, das hat die stattgefundenen Arbeiterausschüssewahl bewiesen.

Wiederlich. Unsere Monatsversammlung wies einen guten Besuch auf. Kollege Vorstander Kempf eröffnete dieselbe und begrüßte die Kolleginnen und Kollegen und wies auf die Bedeutung der Versammlungen gerade für die neuen Mitglieder hin, die dadurch in den Geist und den Sinn der Organisation eingeführt würden. Die Heiligung und innere Stärkung der Kollegen tie in dieser Zeit sehr not, um all den Schwierigkeiten, die kommen, eine geübte Kampftruppe entgegenstellen zu können. Der Vorstehende erinnerte dann dem Referenten, Schriftleiter Kollegen Wiederlich, das Wort zu seinem Vortrage. In grohem Rahmen umschrieb Nebner zunächst die Wichtigkeit dieser Zeit für Staat, Welt und Wirtschaft und zeigte den ungeheuren Kampf, den Deutschland seit den Tagen des Mittelalters inner- und außenpolitisch durchzuführen hatte, daß sets vor einem neuen Aufschwung starke Gegner sich zusammenschlossen, um einen festen Kern in Mitteleuropa entweder zu verhindern oder schwach zu halten. Deutsche, bis dahin in Banden gehaltene Tat schien endlich die Zeisel zu sprengen, nachdem sie sich ein einiges deutsches Reich errichtet hatte. Der Weltmarkt, fast Englands Domäne, wurde durch unsere Industrien Stück für Stück für sich erobert, in manchen Teilen, wie Farbstoffen, Kali, haben wir das Monopol an uns gerissen.

Der neue Gegner England hatte eine Koalition gegen uns aufgeboten, die nie ihresgleichen kannte. Die Angriffe scheiterten an unserem Heer und an der Tüchtigkeit der Industrie. Der deutsche Arbeiter, der bis dahin im Staatsleben noch fast nichts bedeutet hatte, erfüllte seine Pflicht mit solcher Hingabe unter den schwierigsten Umständen, daß er alle anderen Stände in den Schatten stellte. Er hat gezeigt, was er für das Vaterland leistet; seine Rechte, deren er bedarf, soll man ihm nicht länger verweigern. Vertretung in Parlament und Kommunen, Anerkennung der Organisationen, der Interessenvertretung der Arbeiter, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, alles Movements, ohne welche eine Gleichberechtigung des Arbeitersstandes nicht möglich ist. Der Kampf ist nicht leicht. Aber wir haben eine Waffe zur Verfügung, mit der wir den Kampf durchzünden können, die Organisation. Wenn wir mit geschulten Truppen werden die Kämpe siegreich beendet werden können. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, eifrig die Versammlungen zu besuchen und das Verbandsorgan zu lesen, damit, wenn schwere Zeiten an uns herantreten, alle fest und standhaft als christliche Gewerkschafter auf ihrem Posten sind. Nebner besprach dann noch die durch das Hilfsdienstgesetz geschaffenen Änderungen und die Verhältnisse auf den hiesigen Werken und wies die Kolleginnen besonders an, eifrig unter den Arbeitern zu agitieren, damit sie zu tüchtigen und zielbewußten Gewerkschaftern herangebildet würden. Dieses tut bei dieser schweren Zeit gewiß not. Kollege Klödes erstaunte noch über Bericht von den Vorgängen in der Radschreinerei der Rheinischen Stahlwerke und wies die Absicht eines Streites zurück. Kollege Maas betonte, es sei besonders, wenn die Arbeiter ihre Rechte wahren wollen, Geld und nochmal Geld erforderlich und jeder sollte vor seinem Geldgeber zutreffendreden, denn gegen Kapital sei nur mit Kapital zu kämpfen. Die Kollegen Hauser und Bartel traten für eifrig Agitation ein, bis der letzte Arbeiter dem Verbund angehört. Kollege Wiederlich führte zum Schlusswort aus, das Gehörte in die Tat umzusetzen und der Erfolg sei uns gewiß. Hierauf schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Dem begeisterten Vortrage folgte eine lebhafte Diskussion. Kollege Schotten als erster Diskussionsredner bedauerte, daß solche lehrreichen Worte nicht von allen Kollegien gehört worden wären. Er forderte alle Anwesenden auf, eifrig das Gehörte allen Kollegien zu berichten und diezulande aufzufordern, an allen Mitgliederversammlungen teilzunehmen, damit sie zu tüchtigen und zielbewußten Gewerkschaftern herangebildet würden. Dieses tut bei dieser schweren Zeit gewiß not. Kollege Klödes erstaunte noch über Bericht von den Vorgängen in der Radschreinerei der Rheinischen Stahlwerke und wies die Absicht eines Streites zurück. Kollege Maas betonte, es sei besonders, wenn die Arbeiter ihre Rechte wahren wollen, Geld und nochmal Geld erforderlich und jeder sollte vor seinem Geldgeber zutreffendreden, denn gegen Kapital sei nur mit Kapital zu kämpfen. Die Kolleginnen Hauser und Bartel traten für eifrig Agitation ein, bis der letzte Arbeiter dem Verbund angehört. Kollege Wiederlich führte zum Schlusswort aus, das Gehörte in die Tat umzusetzen und der Erfolg sei uns gewiß. Hierauf schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Versammlungs-Kalender

Sonntag, den 8. Juli 1917.

Gesetzlichen-Schäfte. 11 Uhr bei Wegener.

Gesetzlichen-Recht. 11 Uhr bei Dingenauber.

Gesetzlichen-Steuer. 11 Uhr bei Portmann, Friedrich-Alfredstr.

Gesetzlichen-Mietrecht. 7.30 Uhr bei Bremerkampf, Gneulestraße.

Montag, den 9. Juli 1917.

Gesetzlichen-Hölle. 7 Uhr bei Kocher-Schulte.

Sonntag, den 15. Juli 1917.

Gesetzlichen. 11.30 Uhr bei Dirkes Vereinsstr. 59. Sonderversammlung.

Flektige

Werkzeugschlosser u. Mechaniker

gesucht.

Fritz Hunen Crefeld, Wiedstraße.